Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ¼jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—. Reklamezeile Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 133 — Mittwoch den 9. November 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Wegen **Reinigung der Geschäftsräume** können am 11. und 12. November ds. Js. nur dringliche Sachen erledigt werden.

Finanzamt Grimma.

Donnerstag, den 10. November 1921, vorm. 10 Uhr sollen in der Ofenfabrik Naunhof

4 kompl. Kachelöfen

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 7. November 1921. Q 829/833 21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte 11. Nachtrag zur Ortsschulordnung für Naunhof, welcher u. a. die Bildung eines Elternrates behandelt, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Nachtrag liegt 2 Wochen lang im Meldeamt des hiesigen Rathauses, Zimmer 11, zu jedermanns Einsicht aus.

Naunhof, am 8. November 1921. **Der Bürgermeister.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Preußische Landtag wählte den Sozialdemokraten Otto Braun zum Ministerpräsidenten. Das neue Kabinett, in das zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei eingetreten sind, wird sich am 10. November dem Landtag vorstellen.

* Der Deutsche Städtetag ist für den 11. November nach Berlin einberufen, um über die Aufbringung der Mittel für die Gehalts- und Lohnerhöhungen zu beraten.

* An der Berliner Montagbörse stieg der Dollar auf 303 Mark.

* **Gegen die im Kapp-Putsch verwickelten Angeklagten Jagow, Schiele und Wangenheim soll am 7. Dezember verhandelt werden.**

* Nach längeren Verhandlungen zwischen Benesch und Skrmunt wurde in Prag ein Einvernehmen erzielt und der polnisch-tschechische Vertrag unterzeichnet, der die Aufnahme Polens in die kleine Entente ausspricht.

Die ungarische Regierung hat einstimmig den Gesetzentwurf über die Thronentsetzung der Habsburger angenommen.

Kreditkrisis.

Über die Lage nach den Berliner Beschlüssen des „Reichsverbandes der deutschen Industrie" über die geplante Kredithilfe für das Reich wird uns aus politischen Kreisen geschrieben:

Das Ergebnis der erneuten Mitgliederversammlung, die der Reichsverband der deutschen Industrie Ende der letzten Woche in Berlin abhielt, kann, wenn man sich an den Wortlaut der gefaßten Entschließung hält, eigentlich nur in verneinender Fassung festgestellt werden, nämlich, daß die Opposition, die sich gegen den bejahenden Beschluß der Münchener Tagung mehr und mehr, zumal seit der Unglücksentscheidung über Oberschlesien, geltend gemacht hatte, keinen reinen Sieg davongetragen hat. Hugo Stinnes ist es gewesen, der eine direkt ablehnende Willenserklärung des Reichsverbandes im letzten Augenblick verhütete, indem er einen Beschluß durchsetzte, der die schon in München eingesetzte Kommission zur Fortführung der Verhandlungen mit der Reichsregierung ermächtigte. Als Ziel dieser Verhandlungen wird weitgehende geldliche Stützung des Reiches für Reparationszwecke festgelegt, diese soll aber nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. Man fordert Sicherheiten dafür, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen, daß ferner das Wirtschaftsleben von allen, die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreit wird. Insbesondere verlangt man, daß die öffentlichen Betriebe nicht länger die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten, und ferner, daß alle in der Wirtschaft vorhandenen, nicht voll beschäftigten Kräfte zu produktiver Arbeit gebracht werden. Noch deutlicher wird die gefaßte Entschließung zum Schluß, wo Sicherheit auch dafür verlangt wird, daß durch die Mitarbeit der Industrie aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Stärker konnte die Hilfsbereitschaft der deutschen Industrie wohl nicht mehr gut mit Bedingungen umstellt werden. Ja, mehr noch, die „Voraussetzungen", von denen die Rede ist, sind in Wahrheit Bedingungen, die an Reichsregierung und Reichstag gestellt werden, Bedingungen, deren sachlicher Inhalt sowohl wie deren Formulierung von starken politischen Strömungen ohne Zweifel erhebliche Beanstandungen erfahren werde. Je weiter nach links, desto entschiedener wird betont werden, daß es der Industrie nicht wohl anstehe, die angebotene Kredithilfe in dieser Weise unter Druck zu stellen, denn in Wahrheit habe sie zu wählen zwischen freiwilliger Kreditunterstützung des Reiches oder gesetzlicher Erfassung der Goldwerte. Wolle sie diese vermeiden, so habe sie allen Anlaß, der Steuernot des Reiches in großartigstem und umfassendstem Umfange entgegenzukommen, statt ihre Mitwirkung an Bedingungen zu knüpfen, die nicht nur über das eigentliche finanzielle und wirtschaftliche Gebiet hinausgreifen, sondern auch in eine Form gekleidet seien, die wie ein Ultimatum klingt. Was jetzt gefordert werde, bedeute nichts weniger als eine unmittelbare Einflußnahme der Großindustrie auf Reichspolitik und Reichsverwaltung. Die Deutsche Volkspartei, die soeben bei der vorläufig letzten Ministerkrisis im Reiche die Mitübernahme der Verantwortung abgelehnt habe, wolle also auf diesem Umwege über die Kredithilfe der Industrie die Führung der Reichsgeschäfte in ihrem Sinne bestimmen, eine Zumutung, mit der der Reichstag sich unmöglich einverstanden erklären könne. Glaube die Industrie, für ihre Kreditgewährung Gegenleistungen, zumal politischer Natur, einhandeln zu können, so müsse ihr vom Reichstage unzweideutig klar gemacht werden, daß man auf dieser Seite über Gegendruckmittel verfüge, die rücksichtslos anzuwenden die Not des Reiches sehr bald zur Pflicht machen könne.

Man sieht: Wirtschaft und Politik stehen abermals in einem gewaltigen Ringen miteinander. Die Industrie weist auf die Tatsache hin, daß man ohne ihre Mitwirkung, ohne ihre freiwillige Mitwirkung der Sorgen des Augenblicks, geschweige denn derjenigen der Zukunft, nicht Herr werden könne. Die Parteien, die augenblicklich in der Regierung sitzen, wollen verhindern, daß diese unter das kaudinische Joch unserer Industrieführer, der „Stinnesleute", wie man jetzt zu sagen pflegt, gebeugt werde. Die Gegensätze, die Feindseligkeiten werden schroff aufeinander stoßen, und Herr Dr. Wirth muß wieder einmal versuchen, eigensinnige Mächte gegeneinander auszugleichen, deren Starrsinn ihm das Regieren fast unmöglich macht. Schon ist auch damit zu rechnen, daß die maßgebenden Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin kommen, um hier in eigener Person nach dem Rechten zu sehen; was besagen will, daß wir mit der jetzigen Art der gesamten Reichswirtschaft einer feindlichen Finanzkontrolle bedenklich nahe gerückt sind. Vielleicht, daß diese Gefahr von außen her eher zu einer Verständigung im Innern führt als die parteipolitischen Schwierigkeiten, aus denen wir überhaupt nicht mehr herauskommen. Politik und Wirtschaft müssen sich verständigen — wenn ihnen der Rest von Unabhängigkeit lieb ist, den sie noch besitzen.

Der Dollar 303 Mark!

Weiteres Sinken der Mark — Steigen aller Wertpapiere.

Die alle Voraussetzungen übersteigende Entwertung der Mark schreitet anscheinend unaufhaltsam fort. Die Mark ist heute im Verhältnis zum Friedensstand nur auf 1½ Pfennig zu bewerten.

Der Dollarkurs setzte an der Montagbörse in Berlin seine sprunghafte Steigerung fort. **Der Dollar wurde mit über 300 Mark bis 303 Mark bezahlt. Das Angebot war sehr gering, die Nachfrage sehr stark. Die Beschlüsse der Industrievertreterversammlung verstärkten die Markentwertung.**

Neben den ausländischen Zahlungsmitteln stiegen auch die inländischen Spekulations- und Industriepapiere durchweg stürmisch. Der größte Teil des spekulierenden Publikums und auch der zünftigen Börsenspekulation hat das Bestreben, seine Riesengewinne an der Börse in den Zahlungsmitteln des Auslandes anzulegen. Bei dem heutigen Stande der Auslandswerte nähern wir uns bedenklich polnischen und österreichischen Verhältnissen.

Erdrückende Lasten.

22 000 Mark Steuern für jede Familie.

Die fürchterlichen Ziffern unserer Schuldenlast und unseres dementsprechend hohen Steuerbedarfs, die in der Reichstagsrede des Ministers Dr. Hermes und in der Rede, die Exz. von Braun im Reichswirtschaftsrat hielt, ein Bild unserer geradezu trostlosen Lage gaben, gewinnen die rechte Anschaulichkeit erst, wenn man überlegt, wie diese Finanzverhältnisse auf den einzelnen zurückwirken. Ein sehr berufener Wirtschaftspolitiker, der frühere Reichsminister Dernburg, schreibt darüber, daß die Ziffern des deutschen Budgets von einer Furchtbarkeit sind, die bisher offenbar bei uns nicht begriffen ist.

Einundneunzig Milliarden im Ordinarium, also 6000 Mark Steuerlast für jede Familie, etwa 240 000 000 000 Mark auf Reparationsfonds, gleich 16 000 Mark auf jede Familie, zusammen 22 000 Mark, ohne die Steigerungen, die auf Gehalt, Lohn und Materialkonto durch Anpassung kommen müssen.

Selbstredend ist damit nur der Durchschnitt berechnet, denn die weitaus größte Zahl der Familien kann solche Summen natürlich nicht aufbringen, während nach oben hin der Prozentsatz der Besteuerung dementsprechend ganz rapide steigt. Angesichts dieser Ziffern ist es aber kein Wunder, daß die Gesamtlage des Reiches jetzt vielfach als geradezu verzweifelt angesehen wird. So erklärte der Reichswehrminister Geßler bei einem Vortrag in Dresden, die Spatzen pfiffen es von den Dächern, daß wir

in absehbarer Zeit nicht mehr zahlen

könnten. Die größte Bewunderung des deutschen Volkes werde es einmal erregen, daß es nach dem Abschluß des Friedensvertrages Leute gegeben habe, die glaubten, man könnte ihn erfüllen, besser leben und obendrein weniger arbeiten. Die 132 Milliarden Goldmark, die wir an die Entente zu zahlen haben, seien heute auf 7000 Milliarden Papiermark angewachsen. Unsere österreichischen Brüder seien uns in allem ein Jahr voraus gewesen. Ihnen habe die Welt so wenig geholfen, wie sie uns helfen werden. — Nicht ganz so pessimistisch sieht der Abgeordnete Scheidemann die Lage an, der in einer Rede in Kassel darauf hinwies, daß trotz, oder vielmehr gerade wegen des unerhört hohen Dollarkurses Amerika sechs Millionen Arbeitslose, wir im Reiche aber noch nicht 200 000 haben. Er sei sehr besorgt um die Zukunft Deutschlands, sehe sie aber

durchaus nicht hoffnungslos

an. Das Versailler Diktat restlos zu erfüllen, sei allerdings eine glatte Unmöglichkeit. Wir müssen und wollen tun, was wir können in der bestimmten Erwartung, daß in nicht zu ferner Zeit auch die Entente zu der Erkenntnis von der Unsinnigkeit des Diktats kommt und in eine gründliche Revision willigt.

Die große Koalition in Preußen.

Das neue Kabinett Braun.

Nach vielen Schwierigkeiten und wiederholten Anläufen ist im Preußischen Landtag doch noch eine Einigung in der Frage der Regierungsbildung auf der Grundlage der großen Koalition erzielt worden. Die Fraktionsverhandlungen des Sonnabend nachmittags drehten sich um die Frage, wer an Stelle des Demokraten Oeser, den das Zentrum ablehnte, an die Spitze der Regierung treten sollte, und wer an Stelle des Sozialdemokraten Braun in das Landwirtschaftsministerium kommen könnte, wo ihn die Volkspartei nicht gern sah. Schließlich kam von der Volkspartei der Vorschlag, Braun aus diesem Amte an die Spitze des Kabinetts zu bringen und die Landwirtschaft dafür einem Demokraten zu geben. Auf diesen Vorschlag einigten sich in der achten Stunde alle Parteien, und als in der neunten Stunde das Plenum zusammentrat, ging ohne Schwierigkeiten die Wahl von statten. Von den 338 abgegebenen Stimmen vereinigte Braun 197 Volksparteiler, Zentrumsleute, Demokraten und Sozialdemokraten auf seinen Namen, während die Deutschnationalen und die Unabhängigen für je einen ihrer Leute stimmten und die Kommunisten weiße Zettel abgaben. Braun war somit gewählt und hat inzwischen die Wahl angenommen. Sein Ministerium umfaßt folgende Namen:

Präsidium: Otto Braun (Soz.),
Inneres: Severing (Soz.),
Handel: Siering (Soz.),
Landwirtschaft: Dr. Wendorff (Demokrat),
Unterricht: Dr. Bölitz (Deutsche Vp.),
Finanzen: Dr. v. Richter (Deutsche Vp.),
Justiz: Am Zehnhoff (Zentrum),
Wohlfahrt: Ein noch unbestimmter Zentrumskandidat.

Der bisherige Ministerpräsident Stegerwald wurde vom Zentrum gebeten, das Wohlfahrtsministerium wieder zu übernehmen, welches er früher bereits innehatte. Er hat jedoch endgültig abgelehnt und will sich wieder ganz der Arbeit an der Gewerkschaftsbewegung widmen. Das Zentrum hat in der Germania sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er dem neuen Kabinett nicht angehören will, und dankt ihm dafür, daß er, obwohl seine Partei energisch für seine Neuwahl als Führer des Kabinetts eintrat, um der Sache willen zurückstand, da sonst die Einigung mit den Sozialdemokraten nicht zustandegekommen wäre. Das neue Kabinett wird sich am Donnerstag, den 10. November, dem Landtage vorstellen, wobei Ministerpräsident Braun eine Regierungserklärung verlesen wird.

Otto Braun.

Von den Parteien wird das Einigungswerk größtenteils begrüßt, obwohl man auch innerhalb der Koalition selbst nicht ohne Sorge darüber ist, ob nicht die starken Reibungen, die innerhalb der Regierung zu erwarten sind, dessen Aktionsfähigkeit und seine Lebensdauer ungünstig beeinflussen werden. Von ganz rechts und von ganz links dagegen wird die neue große Regierung der Mitte, wie allerdings vorauszusehen war, lebhaft kritisiert. Man ist größtenteils der Ansicht, daß die Einigung allerdings vorläufig auf Preußen beschränkt bleibt, und nicht, wie man in demokratischen Kreisen erwartete, bald auch auf das Reich übertragen werden kann. Dort bestehen vielmehr in der Frage der Reparation und der Steuern (Dinge, die die preußische Regierung nicht direkt berühren) so große Meinungsverschiedenheiten, daß eine Einigung im Augenblick kaum möglich erscheint.

*

Stegerwalds Abschiedskundgebung.

Der scheidende Ministerpräsident Stegerwald wendet sich mit einer längeren Erklärung über die Gründe seines Rücktritts an die Öffentlichkeit, worin er vor allem die Notwendigkeit betont, daß die deutsche Politik in erster Linie aus dem System des fortwährenden raschen Wechsels heraus zu größerer Stetigkeit kommen müsse. Zum Schluß sagt er:

Was ich im April als Ministerpräsident neben der Führung der laufenden Geschäfte eines Verwaltungsstaates mir zum Ziele setzte, war dreierlei: 1. Ich wollte mit allem Nachdruck und aller nur denkbaren Zähigkeit die große Koalition

SLUB
Wir führen Wissen.